

Das KI-generierte Bild repräsentiert die Gruppe der über 60-Jährigen mit geringen Einkommen in eigenen älteren Häusern mit hohem Energieverbrauch, die die Wärme- und Mobilitätswende nicht aus eigener Kraft bewältigen können. 15 weitere Persona-Grafiken finden Interessierte im Abschlussbericht der Studie (Link siehe letzte Seite).

STUDIE ZUR HANDLUNGSFÄHIGKEIT SAARLÄNDISCHER HAUSHALTE|

Leitplanken für soziale Wärmewende

Eine Studie zur Energiewende im Auftrag der Arbeitskammer hat Folgendes ergeben: Fast 41 Prozent der Haushalte im Saarland sind finanziell nicht in der Lage, notwendige Transformationsschritte eigenständig zu bewältigen – deutschlandweit sind dies nur gut 30 Prozent. Selbst Haushalte mit mittlerem Einkommen haben oft Schwierigkeiten, die erforderlichen Investitionen zu stemmen. Hinzu kommt, dass Mieter häufig auf überforderte Vermieter angewiesen sind. Die Kombination aus veralteter Technik und niedrigem Einkommen im Saarland ist dabei entscheidend für die Größe der Handlungsbarrieren.

Von Dr. Patricia Bauer, Christian Ott, Dr. Bertold Schweitzer, Carina Webel

Das Saarland hat sich, wie der Rest Deutschlands, zum Ziel gesetzt, bis 2045 klimaneutral zu werden. Dies erfordert erhebliche Anstrengungen, insbeson-

dere im Bereich der Wärme- und Verkehrswende. Die wissenschaftlich-technische und ökonomische Fachwelt ist sich mittlerweile weitgehend einig, dass Elektrifizierung hier in aller Regel das Mittel der Wahl darstellt. Konkret bedeutet dies: batterieelektrische Fahrzeuge, Wärmepumpen und direkte Elektrifizierung der industriellen Prozesswärme. Ergänzend spielen Solar- und Geothermie sowie Biomasse und Abwärme wichtige Rollen. Die Verteilung übernehmen, wo sinnvoll, Wärmenetze. Nur für Spezialfälle sind andere Energieträger sinnvoll: Wasserstoff für Stahl, Chemie und saisonale Energiespeicherung, möglicherweise synthetische Kraftstoffe für Schiffs- und Flugverkehr.

Die Richtung ist damit klar, wird jedoch immer noch zu wenig und wenn, dann zu unklar kommuniziert. Dies trägt zu erheblicher Verunsicherung und Verzögerungseffekten bei der Umsetzung der Energiewende bei. Weniger Auto fahren

und Gebäudehüllen dämmen ist sicher wichtig – der wirkungsvollste Hebel in Richtung Klimaneutralität ist jedoch die weitgehende Elektrifizierung von Heiz- und Antriebstechniken. Ein solcher Wechsel ist auch finanziell interessant: In aller Regel liegen die Betriebskosten von batterieelektrischen Fahrzeugen und Wärmepumpen unter denen ihrer fossil betriebenen Gegenstücke.

Die wesentliche unmittelbare Hürde für einen Technikechsel stellen jedoch die hohen Investitionskosten dar – die von vielen Haushalten trotz existierender Förderprogramme weder aus Einkommen oder Vermögen noch durch Zugang zu Bankkrediten bewältigt werden können (siehe Tabelle Kosten Heiztechniken auf der nächsten Seite). Ohne ein entschiedenes Eingreifen der öffentlichen Hand werden die Ziele im Bereich der Gebäudewärme im Saarland deshalb kaum erreicht werden können. Denn die Preise für klimafreundliche Heizungsformen lie-

gen deutlich über dem Preis für Gas- oder Ölheizungen, wobei der Einbau reiner Ölheizungen ab Ende 2025 ohnehin nicht mehr erlaubt ist. Zusätzlich wurde von Bundeseite aufgrund von Haushaltsengpässen eine Deckelung der maximal bezuschussbaren Kosten auf 30.000 Euro vorgenommen. Bei einem Jahreseinkommen von unter 40.000 Euro sind die Zuschüsse zwar so ausgestaltet, dass etwa eine Luft-Wasser-Wärmepumpe sogar günstiger als ein Gas-Brennwertkessel sein dürfte, jedoch muss eine erheblich höhere Summe – mehr als das Doppelte im Vergleich zu einer Gasheizung – zunächst privat vorgelegt werden. Hinzu kommen Hürden der Informationsbeschaffung und Antragstellung wie das Engagieren eines Energieberaters, die Übersicht über den Markt und die Auseinandersetzung mit einer komplett neuen Technik des Heizens. All dies dürfte insbesondere für ältere finanzschwache Bürgerinnen und Bürger eine Überforderung darstellen. Bei Erd-Wärmepumpen sind diese Hürden durch den aktuell sehr hohen Anschaffungspreis das erforderliche Know-how und die längere Amortisationsphase noch höher. Auch hier müssen die entsprechenden Mittel zunächst privat mobilisiert werden und die Grenzen bei der Kreditvergabe können ein ernsthaftes Hindernis darstellen. Bei privaten Kleinvermietern kommt hinzu, dass der Anreiz für den Umstieg sinkt, da die Fördersumme auf nicht selbst genutzte Wohnungen umgelegt wird und damit insgesamt sinkt. Hinzu kommt, dass nicht nur die Umstellung auf klimaneutrale Heizsysteme, sondern auch die Sanierung von Gebäuden hohe Investitionen erfordern. Die Zuschüsse zu den Sanierungskosten für Fenster und Dach sind mit 20 Prozent jedoch deutlich niedriger ausgestaltet als die Heizförderung. Da bei alten Gebäuden die Sanierung aber eine Voraussetzung für effizientes klimaneutrales Heizen darstellt, müssen auch deren Kosten bei einer sozial verträglichen Wärmewende berücksichtigt werden.

Hürden zur Erreichung der Wärmewende sind im Saarland besonders hoch

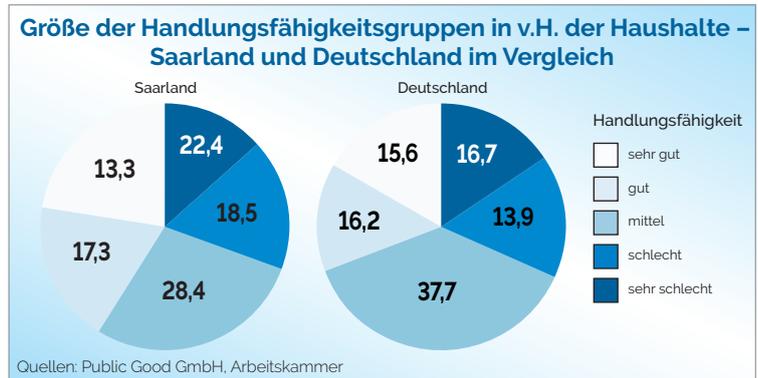
Um den Übergang zur Klimaneutralität politisch zu gestalten, ist es wichtig, die spezifischen Ausgangsbedingungen der Haushalte zu berücksichtigen. Eine sinnvolle Klimapolitik muss nicht nur die technischen und ökonomischen Realitäten, sondern auch die unterschiedlichen Lebensverhältnisse der Haushalte im Saarland berücksichtigen. Aufgrund der hohen Eigentümerquote, niedriger Ein-

kommen und der überdurchschnittlich hohen Verbreitung von Ölheizungen stehen die Haushalte im Saarland vor besonderen Herausforderungen. Die AK-Beschäftigtenbefragung 2024 hat ergeben, dass mehr als zwei Drittel der Beschäftigten Angst haben, dass durch Klimaschutzmaßnahmen zu hohe Kosten auf sie zu kommen. Diese Ergebnisse müssen ernst genommen werden. Erstens, um nicht die Bereitschaft zu verlieren, die ökologische Modernisierung weiter voranzutreiben, und zweitens, um nicht die Stabilität der Demokratie zu gefährden: Unter denjenigen, die Angst vor zu hohen Kosten durch Klimaschutz haben, äußern sich 64 Prozent der Befragten unzufrieden mit der Demokratie in Deutschland. Aus Sicht der AK werden diese Herausforderungen auf landespolitischer Ebene bisher allerdings nicht ausreichend bearbeitet. Auch das neue Klimaschutzkonzept des Saarlandes blendet solche Fragen weitgehend aus. Um den Handlungsbedarf konkreter zu beziffern, hat die Arbeitskammer eine Studie bei der Public Good GmbH in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse bei der Veranstaltung „Wärmewende als Aufgabe der Daseinsvorsorge“ am 27. Mai dieses Jahres in der AK vorgestellt und diskutiert wurden. Die Studie basiert auf der Analyse eines umfangreichen Datensatzes praktisch aller Haushalte in Deutschland und einer speziellen Auswertung für das Saarland. Sie hat ergeben, dass Haushalte in 16 Gruppen mit repräsentativen „Personas“ nach den Faktoren Einkommen, Alter, Wohnsituation, Heizungstechnologie und Energieverbrauch eingeteilt werden können (siehe Grafik auf der nächsten Seite).

Tabelle: Heizungspreise (nur Austausch des Wärmeerzeugers), staatliche Zuschüsse und Eigenanteile anhand eines Einfamilienhauses (2025)

Heizungsart	Preis	Max. bezuschussbare Kosten	Maximale Förderung		Selbst zu tragen	
			EK unter 40.000 / Jahr	EK über 40.000 / Jahr	EK unter 40.000 / Jahr	EK über 40.000 / Jahr
Luft-Wasser-WP	36.000	30.000	21.000	15.000	15.000	21.000
Erd-WP	56.000	30.000	21.000	15.000	35.000	41.000
Pellets/Hackschnitzel	42.000	30.000	21.000	15.000	21.000	27.000
Ölheizkessel	15.000	0	0	0	15.000	15.000
Gas-Brennwertkessel	16.000	0	0	0	16.000	16.000

EK = Einkommen
 WP = Wärmepumpe
 Quelle: Verbraucherzentrale Energieberatung, KfW, eigene Berechnungen Arbeitskammer



Handlungsfähigkeit ergibt sich aus der Kombination von fünf Dimensionen: der Notwendigkeit zu handeln, dem Recht zu handeln, der Fähigkeit zu handeln, dem Umfang des erforderlichen Handelns und dem verfügbaren Kapital, um zu handeln.

Diese Aufteilung ermöglicht es, spezifische Chancen und Herausforderungen zu identifizieren und gezielte politische Maßnahmen abzuleiten, die für eine sozial verträgliche Erreichung der Klimaziele im Saarland entscheidend sind. Die Analyse der Haushalte im Saarland zeigt eine doppelte Herausforderung. Zum einen besteht ein hoher Handlungsbedarf aufgrund der vielen Einfamilienhäuser, des überdurchschnittlichen Anteils fossiler Heizsysteme und der starken Abhängigkeit von Autos. Zum anderen sind die sozioökonomischen Bedingungen vieler Haushalte unterdurchschnittlich was Einkommen, Alter und Infrastruktur betrifft. Die Ergebnisse der Studie sind nicht überraschend, aber besorgniserregend, was die Gestaltung der Wärmewende im Saarland betrifft.

- fast 41 Prozent der Haushalte im Saarland sind finanziell nicht in der Lage, notwendige Transformationsschritte eigenständig zu bewältigen (Handlungsfähigkeit schlecht oder sehr schlecht) – gegenüber deutschlandweit nur gut 30 Prozent.
- Selbst Haushalte mit mittlerem Einkommen haben oft Schwierigkeiten, die erforderlichen Investitionen zu stem-

men, • hinzu kommt, dass Mieter auf mit der Modernisierung oft überforderte Vermieter angewiesen sind.

Die Persona-Analyse verdeutlicht, dass eine einheitliche Klimapolitik in Anbetracht der unterschiedlichen regionalen und sozialen Ausgangslagen nicht funktionieren kann. Effektive und ambitionierte Klimapolitik berücksichtigt strukturelle Benachteiligungen und unterstützt kommunale Unternehmen wie Individuen bei ihren Investitionen. Die Bundesklimapolitik muss durch das Land durch abgestimmte Maßnahmen, die den spezifischen sozialen und technischen Gegebenheiten Rechnung tragen, ergänzt werden.

Das Saarland verfügt über viele Haushalte, die in alten Gebäuden mit schlechter Energiebilanz leben und zudem über wenig Einkommen verfügen. Die klassischen Förderprogramme des Bundes gehen größtenteils an den Bedarfen dieser Gruppen vorbei. Vom Bund ist aus saarländischer Sicht zu fordern:

- Die Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) sollte künftig durch Ausweitung des Einkommens-Bonus stärker nach Einkommen differenziert werden.
- Die BEG-Förderung sollte sich künftig statt an abstrakten Effizienzvorgaben daran orientieren, wie viel und wie kostengünstig CO₂ eingespart wird. Davon profitieren die energetisch schlecht sanierten Gebäude im Saarland besonders.
- Im vermieteten Eigentum sollte die Miethöhe im Vergleich zur ortsüblichen Vergleichsmiete als Bemessung der Förderhöhe herangezogen werden, um die finanzschwächsten Vermieterinnen und Vermieter sowie die einkommens-

schwächsten Miethaushalte zu fördern.

- Die rasch wirksame Absenkung der Strompreise durch die Bundesregierung ist weiterhin dringend erforderlich, um Anreize für den Umstieg in der Heiztechnologie zu schaffen.
- Ein sozial gestaffeltes Klimageld bleibt aus Sicht des Saarlands wichtig. Dadurch werden die unteren 60 Prozent der Bevölkerung mit jährlich der Hälfte der Einnahmen aus der Bepreisung kompensiert.
- Die bestehenden sozialen Sicherungssysteme müssen an die CO₂-Bepreisung angepasst werden, um die Situation der von Armut bedrohten Haushalte nicht zu verschlechtern.

Thesen zu einer regional wirksamen Politik der Wärmewende im Saarland

Ohne aktives staatliches Handeln und ausreichend kapitalisierte öffentliche Unternehmen droht das Saarland bei der Wärmewende ins Hintertreffen zu geraten. Die ökologische Transformation des Wärmesektors ist nicht allein eine technische Aufgabe, sie ist vor allem eine Organisations-, Finanzierungs- und Verteilungsfrage. Die öffentliche Hand muss deshalb die Rolle des Gestalters, Kapitalgebers und Garanten sozialer Ausgewogenheit übernehmen. Im Saarland besteht ansonsten die Gefahr, dass Investitionen an Kapitalmangel scheitern, Kommunen notwendige Sanierungsprogramme nicht umsetzen können und Haushalte mit geringem Einkommen mit den Kosten der Umstellung überfordert sind.

- 1. Sozial gerecht und inklusiv umsteuern:** Die Wärmewende darf nicht auf Verdrän-

gung und neue soziale Lasten hinauslaufen. Ziel muss sein, besonders arme und finanziell schwache Haushalte systematisch mitzunehmen – sowohl durch direkte Zuschüsse als auch durch günstigere Finanzierungsinstrumente und verbindliche Schutzklauseln gegen Mietsteigerungen infolge energetischer Modernisierung. Die Verschärfung der Energiearmut ist durch einkommensabhängige Förderbausteine, Freibeträge und Härtefallinstrumente unverzichtbar.

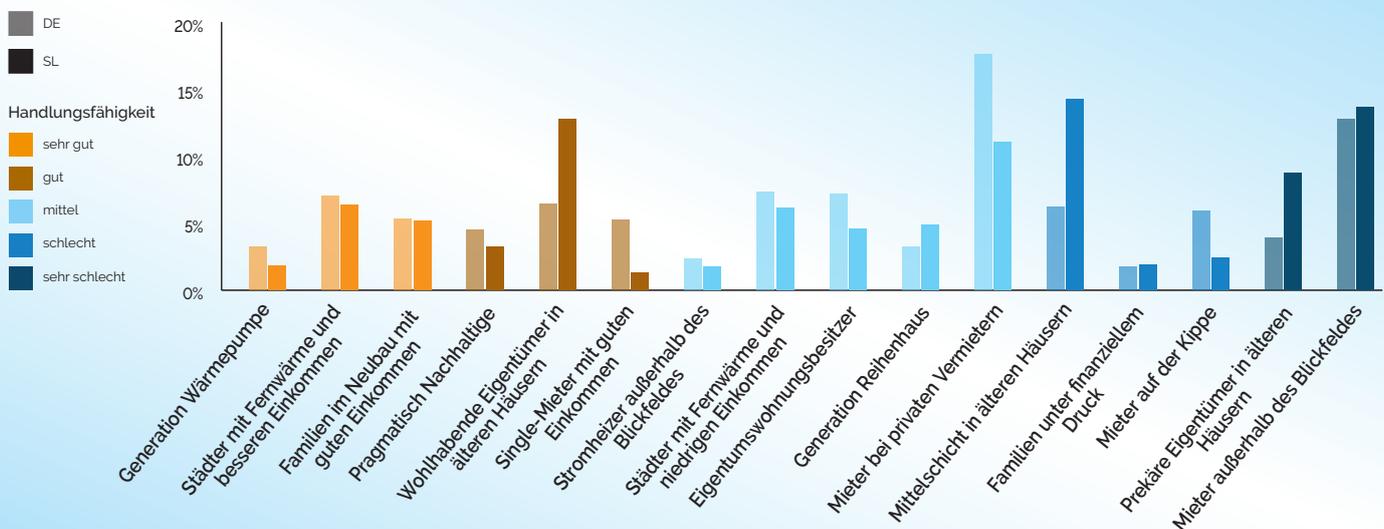
2. Kommunale Betriebe in der Kapitalausstattung stärken:

Kommunale Versorgungsbetriebe und regionale Wohnungsunternehmen sind zentrale Akteure der Wärmewende. Das Land muss sie gezielt kapitalisieren – durch Eigenkapitalzuführungen oder Beteiligungen, die die kommunalen Kassen nicht zusätzlich belasten. Mit gestärktem Eigenkapital können diese Unternehmen großflächige, seriell angelegte Sanierungsprogramme sowie die Errichtung von Nahwärmenetzen, Quartierslösungen und lokalen Erzeugungsanlagen (je nach Eignung mit Wärmepumpen, Geothermie oder Biomasse) planen und durchführen.

3. Sozialer und gemeinwohlorientierter Wohnungsbau als Hebel der Wärmewende:

Öffentlicher und genossenschaftlicher Wohnungsbau muss massiv ausgebaut und von Anfang an auf Klimaneutralität ausgerichtet werden. Das bedeutet: standardisierte klimafreundliche Neubauprogramme, Nachrüstprogramme für kommunale Bestände und die Förderung gemeinwirtschaftlicher Träger, die langfristig bezahlbaren und klimaneutralen Wohnraum sichern. Investitionsmittel aus

Relative Anteile der einzelnen ‚Personas‘* an den Haushalten in Deutschland bzw. dem Saarland



* 15 weitere Persona-Grafiken finden Interessierte im Abschlussbericht der Studie. Quellen: Public Good GmbH, Arbeitskammer

dem Landeshaushalt sind hier gezielt bereitzustellen. Die Förderkriterien müssen soziale Bindungen, Mieterschutz und energetische Standards verbindlich verknüpfen. Die im Dritten Aktionsplan zur Armutsbekämpfung im Saarland beschlossenen Maßnahmen zur Energiesicherung müssen zügig und konsequent umgesetzt werden.

4. Landesprogramm als Ergänzung zur Bundesförderung:

Vor dem Hintergrund der Kürzungen bei der Bundesförderung durch den Klima- und Transformationsfonds sollte das Land aktiv werden. Gerade weil die Hürden für finanziell schwache Eigentümer mit Engagement einer Energieberatung und Erstellung eines Sanierungsplanes hoch sind, sollte das Land flächendeckende unentgeltliche Beratung, zum Beispiel durch eine eigene Landesenergieagentur, organisieren und in den Kommunen anbieten. Das Saarland sollte darüber hinaus ein eigenes Landesprogramm im Rahmen des Transformationsfonds auflegen, um private Investitionen durch Zuschüsse an finanziell schwache Haushalte, Zuschläge für sozialen Wohnraum und Anreize für quartiersbezogene Lösungen in Stadt und Land zu ergänzen.

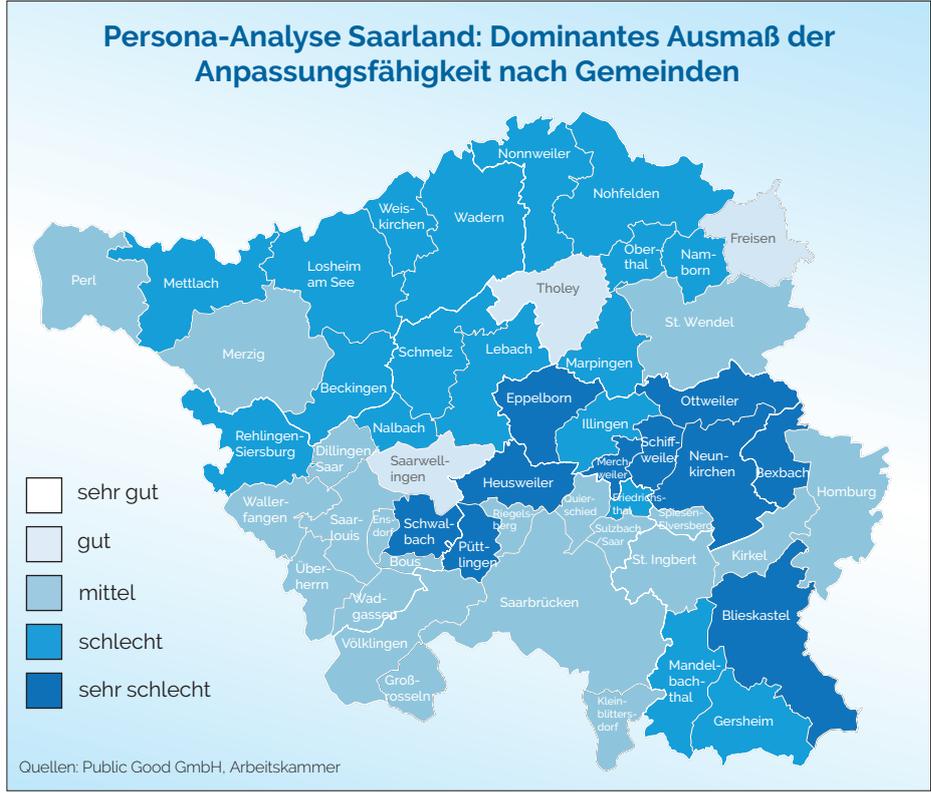
5. Zielgerichtete Unterstützung für finanzschwache Private:

Für Haushalte mit geringem Eigenkapital oder sehr geringem Vermögen sind klassische Kreditlösungen nicht tragfähig. Das Land sollte ergänzende Instrumente anbieten: Tilgungszuschüsse, nachrangige Darlehen oder Hypothekenmodelle, die durch staatliche Garantien abgesichert sind. Eine klare Definition von Förderberechtigung anhand von Einkommens- und Vermögensgrenzen schafft Transparenz und verhindert Fehlallokationen und Spekulation.

6. Serielles Sanieren und Quartiersansatz skalieren:

Einzelmaßnahmen sind oft teuer und weniger effizient als serielle, standardisierte Sanierungsprogramme, die Kosten reduzieren, lokale Arbeitsplätze schaffen und planbare Lieferketten ermöglichen. Das Land sollte modellhafte Quartiersprogramme fördern, die energetische Sanierung, erneuerbare Wärmeherzeugung und intelligente Steuerung kombinieren – gesteuert und umgesetzt durch kapitalstarke kommunale Unternehmen oder Zweckverbände.

7. Governance, Transparenz und Ergebnisorientierung:



Öffentliche Investitionen müssen an klaren Klimawirkungs- und Sozialzielen ausgerichtet sein. Ein Monitoring und Evaluationsrahmen mit verbindlichen Leistungskennzahlen (CO₂-Einsparungen, Anzahl sanierter Wohnungen, Anteil einkommensschwacher Empfänger, Beschäftigungseffekte) ist notwendig; Bei Nichterfüllung sind Mittel umzuschichten. Beteiligungsformate für Mieterinnen und Mieter, Kommunen und Zivilgesellschaft stärken Akzeptanz und Qualität.

8. Beschäftigungspotentiale der Wärmewende durch Arbeitsmarktpolitik und Qualifizierung mobilisieren:

Die Wärmewende bietet Beschäftigungspotenzial – vom Handwerk bis zur planenden Ingenieursleistung. Landesfinanzierte Qualifizierungsprogramme, Ausbildungsinitiativen und tarifpolitische Garantien sichern Beschäftigungseffekte und verhindern prekäre Substitutionen.

Fazit:

Die Wärmewende im Saarland gelingt nur mit einer aktiven, sozial ausgewogenen und finanziell gut ausgestatteten öffentlichen Hand. Kapitalstärkende Maßnahmen für kommunale Unternehmen, ein gestärkter sozialer Wohnungsbau, Bundesförderungen ergänzende Landesprogramme, gezielte Hilfe für finanz-

schwache Haushalte, serielle Sanierungskonzepte und ein stärkeres Qualifizierungsprogramm sind die Kernbausteine einer regional wirksamen Strategie. Ohne diese Schritte droht nicht nur ein Versagen beim Klimaziel, sondern auch eine soziale und wirtschaftliche Schieflage im Land.

Dr. Patricia Bauer ist Referentin für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Christian Ott leitet das Referat Umwelt- und Verkehrspolitik, Dr. Bertold Schweitzer ist Referent für Umweltpolitik, Carina Webel leitet die Abteilung Wirtschafts- und Umweltpolitik.

Der Abschlussbericht der Studie „Die Lebensrealität des Saarlands in 16 Personas“ wurde in der Reihe „AK-Texte“ veröffentlicht: www.arbeitskammer.de/personas

Die Ergebnisse der AK-Beschäftigtenbefragung gibt es hier: [AK-Texte_Beschaeftigtenbefragung_2024_Web.pdf](#)

IMPRESSUM |

Verleger: Arbeitskammer des Saarlandes, Fritz-Dobisch-Straße 6-8, 66111 Saarbrücken; Kontakt: Telefon 0681 4005-430, E-Mail: redaktion@arbeitskammer.de; Herausgeber: Jörg Caspar, Thomas Otto (V.i.S.d.P.); Redaktion: Peter Jacob (Chefredakteur), Simone Hien, Alexander Stallmann.